

Schweiz soll flächendeckend Tagesschulen einführen

Überraschender Schulterschluss Die Kinder bleiben über Mittag in der Schule und lösen dort auch die Aufgaben. Für dieses Anliegen macht Links-Grün Druck – und auch die Arbeitgeber zeigen sich interessiert.

Gregor Poletti

Florence Brenzikofer ist Mutter von drei Kindern und unterrichtet an der Sekundarschule Burg in Liestal. Sie kennt die Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Ihr Anliegen: Sie will die Volksschule fit machen für die Zukunft. Ihr Vorschlag: die flächendeckende Förderung von Tagesschulen in der Schweiz.

Die grüne Nationalrätin aus Baselland ist überzeugt, dass mit Tagesschulen Familie und Beruf besser vereinbart werden, der Fachkräftemangel gelindert und die Kinder und Jugendlichen bei ihren Aufgaben kompetent betreut und gefördert werden könnten. Gleichzeitig komme dies auch den Frauen zugute, weshalb ihr Vorschlag ein Teil eines ganzen Pakets an Vorstößen der Grünen zum Tag der Frau ist.

Positive Haltung des Arbeitgeberverbands

Die Vizepräsidentin der Grünen hat sich für ihr Anliegen nicht nur Unterstützung aus dem linken Lager und der Lehrerinnen und Lehrer zugesichert. Brenzikofer war auch mit Valentin Vogt, dem Präsidenten des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, in Kontakt, der dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenübersteht.

Die Schweiz sei diesbezüglich auf einem tiefen Entwicklungsstand, und bei den Tagesschulen herrsche grosser Nachholbedarf, bestätigt Vogt: «Der Bund kann hier tatsächlich für Impulse sorgen.» Er plädiert dafür, die bisherige Anschubfinanzierung, die heute vor allem den Kitas zugutekommt, auf die Tagesschulen umzupolen. Kitas bräuchten laut Vogt keine weitere Unterstützung mehr durch den Bund.

Impulsprogramm läuft 2023 aus

Vogt spricht damit die neueste Bestrebung der Bildungskommission an, das bestehende Impulsprogramm in eine stete Unterstützung zu überführen. Ursprünglich war dieses auf acht Jahre bis Januar 2011 befristet. Nach Ansicht der Parlamentsmehrheit war das Programm aber so erfolgreich, dass es seither zweimal verlängert



Bisher profitieren vor allem Eltern in Städten von familienergänzenden Betreuungsangeboten: Tagesschule Bungertwies in Zürich. Foto: Keystone

Vorstöße der Grünen zur Gleichstellung

Die Bundeshausfraktion der Grünen will die Lücken in der Gleichstellung angehen und lanciert ein Paket von parlamentarischen Vorstößen dazu. Dieses wird am Tag der Frau, dem 8. März, eingereicht. «Wir sind noch lange nicht am Ziel», sagt Fraktionschefin Aline Trede (BE).

Nebst der Forderung nach Tagesschulen thematisieren die Vorstöße die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Pflege und Betreuung, Inzest bei Minderjährigen, der hauptsächlich Mädchen betrifft, und eine Budgetanalyse der Verteilung von Jugend- und Sport-Geldern mit einem Fokus auf die Geschlechter. Zudem wollen die Grünen mehr in Erfahrung bringen zu publik gewordener angeblicher Diskriminierung und Sexismus in der Schweizerischen Nationalbank. (gr)

worden ist. Das aktuelle Impulsprogramm läuft Ende Januar 2023 aus.

Die Sozialdemokraten und die Grünen haben sich schon länger auf eine stärkere Förderung der Tagesschulen fokussiert, bisher ist der Erfolg auf nationaler Ebene allerdings ausgeblieben: So hat der Ständerat erst im Dezember ein Postulat der Neuenburgerin Céline Vara (Grüne) abgelehnt, das ein Impulsprogramm des Bundes für die Förderung von Tagesschulen forderte.

Warum sollte es dieses Mal klappen? Florence Brenzikofer ist überzeugt, dass mit der Diskussion zum auslaufenden Impulsprogramm der ideale Zeitpunkt gekommen sei, die Förderung der Tagesschulen für die gesamte Volksschule zu fordern, und hofft mit der Unterstützung durch den Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer und die positive Haltung des Arbeit-

geberverbandes auch auf eine Mehrheit im Nationalrat.

Vorbehalte in ländlichen Kantonen und Gemeinden

Nicht alle Eltern können von den Tagesschulen gleichermassen profitieren. Generell lässt sich sagen: Wer in der Stadt wohnt, hat Glück, wer auf dem Land wohnt, muss selber schauen, wo er bleibt. «Wir leben – wenn es um die Kinderbetreuung geht – nach wie vor in einem konservativen Land», konstatiert Dagmar Rösler, Präsidentin des Schweizerischen Lehrerverbandes. In vielen ländlichen Kantonen und Gemeinden werde die Fremdbetreuung von Schulkindern immer noch sehr kritisch beurteilt.

Anders die Situation etwa in der Stadt Zürich: Dort hat das Stimmvolk im Juni 2018 mit überwältigenden 77,3 Prozent Ja gesagt zum Pilotprojekt «Tagesschule 2025». Dieses will die Volksschule in der Stadt Zürich

künftig flächendeckend als Tagesschule organisieren. Das Projekt gilt als Pionierleistung und wird in anderen Städten wie etwa Bern oder Basel genau beobachtet.

Über 400 Millionen Franken investiert

Nach dem Pisa-Schock zu Beginn der 2000er-Jahre ging ein Ruck durchs Land: Das Bildungswesen wurde nicht nur stark reformiert. Es floss auch mehr Geld in das schulische Umfeld, und zwar in die familienergänzende Kinderbetreuung. So unterstützt der Bund seit 18 Jahren die Schaffung von Krippenplätzen, Tagesschulen und anderen Angeboten zur Entlastung von Familien

Mit 408 Millionen Franken wurden bis Ende Januar dieses Jahres so insgesamt über 65'000 neue Betreuungsplätze gefördert: Davon entfielen etwas über 38'000 auf Kindertagesstätten und über 27'000 auf Tagesschulen.

Börse

SMI
10608 Punkte
-1.3%



Die Besten	
Swisscom N	+0.1%
Nestlé N	+0.1%
Alcon N	-0.5%

Die Schlechtesten	
Partners Group N	-3.4%
Richemont N	-2.2%
Lonza N	-2.1%

Dow Jones Ind. 31'498 Punkte
+1.9%

Nasdaq Comp. 12'920 Punkte
+1.6%

Euro in Franken	1.109	-0.44%
Dollar in Franken	0.931	0.73%
Euro in Dollar	1.191	-1.16%
GB-Pfund in Franken	1.286	-0.63%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	68.94	3.6%
Gold (Unze) in Dollar	1698.10	-1.2%
Silber (Unze) in Dollar	25.17	-3.5%

Der Frauenanteil in den Schweizer Chefetagen steigt

Quoten Der Frauenanteil in den Verwaltungsräten der 100 grössten Schweizer Arbeitgeber hat einen neuen Höchststand erreicht. Bereits in neun von zehn Verwaltungsräten gehört mindestens eine Frau zum Gremium. Insgesamt ist jedes vierte Verwaltungsratsmitglied in den Top-Unternehmen eine Frau.

Damit wird laut dem am Freitag veröffentlichten Report des Kadervermittlers Guido Schilling der durchschnittliche Geschlechtertendenz bei den Verwaltungsräten per Ende 2025 problemlos erreicht. Dieser gilt seit 1. Januar und besagt, dass in börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz in den Verwaltungsräten mindestens 30 und in Geschäftsleitungen mindestens 20 Prozent Frauen vertreten sein müssen.

Bei den 20 grössten Unternehmen, die im SMI-Index zusammengefasst sind, sei der Anteil an weiblichen Verwaltungsrätinnen mit 27 Prozent sogar noch grösser. Zudem habe jeder der 20 SMI-Konzerne mindestens eine Frau im Verwaltungsrat. Diese Unternehmen dürften den Richtwert bereits 2023 erreichen, heisst es im Bericht. (sda)

VW will bis 2030 deutlich mehr E-Autos verkaufen

Autoindustrie Der Ausbau der Flotte reiner E-Fahrzeuge soll bei Volkswagen unter dem Druck verschärfter Klimaziele schneller vorangehen. Bis 2030 sollen in Europa nun 70 Prozent der Gesamtverkäufe auf diese Sparte entfallen, sagte Kernmarken-Chief Ralf Brandstätter.

Dies bedeutet eine Verdoppelung der bislang geplanten Quote für batterieelektrische Fahrzeuge von 35 Prozent. VW hatte einen solchen Schritt bereits im Rahmen seiner Strategieplanung bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts angekündigt. Angesichts des EU-Ziels, den Treibhausgas-Ausstoss in den kommenden zehn Jahren um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken, müssen etliche Autohersteller ihre eigenen Vorgaben noch einmal nachschärfen. (sda)

Verdächtiges Paket sorgt bei Lidl Schweiz für Aufregung

Nach Bombenserie in Deutschland Die Polizei hatte am Hauptsitz in Weinfelden einen Grosseinsatz.

Die Sache ist noch einmal glimpflich ausgegangen: Am Mittwochmorgen rückte die Kantonspolizei Thurgau an die Dunantstrasse in Weinfelden aus. Dort befinden sich sowohl der Hauptsitz als auch ein Warenverteilzentrum von Lidl Schweiz. Die Einsatzkräfte wurden gerufen, weil aufmerksame Mitarbeiter des Detailhändlers ein Paket als verdächtig einstufte.

«Die Räumlichkeiten wurden gesichert und das Paket mit

Unterstützung von Spezialisten der Kantonspolizei Zürich sichergestellt», bestätigt ein Sprecher der Kantonspolizei Informationen aus der Leserschaft. Bei der genauen Kontrolle habe sich der Inhalt des Pakets «als ungefährlich erwiesen».

Keine Bedrohung

In Weinfelden kursierte bald das Gerücht, dass es sich bei dem Paket um eine Bombendrohung handeln soll. Der Sprecher der

Ermittlungsbehörde dementiert das. Die Polizei behandelt den Fall nicht als Bombendrohung.

Eine Sprecherin von Lidl Schweiz präzisiert auf Anfrage, dass das verdächtige Paket am Hauptsitz abgegeben worden sei. Es sei «ungeöffnet der zuständigen Polizei übergeben» worden. Der Zwischenfall habe sich «erfreulicherweise» als Fehlalarm herausgestellt.

Bislang machte die Polizei ihren Grosseinsatz bei Lidl

nicht publik. Wohl aus dem guten Grund, die Öffentlichkeit nicht zu beunruhigen. Denn in Deutschland war Mitte Februar in der Lidl-Zentrale in Neckarsulm eine Briefbombe explodiert. Der Anschlag forderte drei Verletzte.

Zuvor verpuffte bei einem Getränkehersteller in Eppelheim ein Päckchen der Warenannahme. Dabei wurde ein Mitarbeiter verletzt; er erlitt ein Knalltrauma. Neckarsulm und Eppelheim

liegen beide im Bundesland Baden-Württemberg.

Eine dritte Paketbombe konnte die Polizei abfangen und entschärfen. Sie war an den Babynahrungshersteller Hipp mit Sitz im bayerischen Pfaffenhofen adressiert. Die Ermittlungen in Deutschland deuten auf einen Serientäter hin. Eine verdächtige Person ist inzwischen verhaftet worden.

Jon Mettler